



RAUM DIALOG

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich

Nr. 4/2014

10 Jahre Gemeinde21:
gemeinsame
Verantwortung für das
Übermorgen.

Dialog national
*Finanzielle Aspekte des Wohnens
in der Raumordnung.*
Seite 14

Dialog regional
*Kleinregionentag 2014: Von der
kleinregionalen Idee zum großen Impuls.*
Seite 19

Regionale Leitplanung
Bezirk Mödling.
Seite 21



aktuell:

Thema 10 Jahre Gemeinde21: weltweites Programm in Blau-Gelb ab Seite 4



Foto: NÖ Dorf- und Staatterneuerung

Inhalt

IMPRESSUM RAUMDIALOG:

Magazin für Raumplanung und Regionalpolitik in Niederösterreich.

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER:

Amt der NÖ Landesregierung,
Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr –
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

REDAKTION:

Gilbert Pomaroli, Christina Ruland
Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten,
Tel.: 02742 / 9005 / 14128
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at
Redaktionelle Mitarbeit:
Dominik Dittrich, Marianne Radinger (alle
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik)

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge zu überarbeiten und zu kürzen.

ABBILDUNGEN:

Alle Fotos, die nicht extra gekennzeichnet sind, stammen aus unserem Archiv.

GRAFISCHE KONZEPTION UND UMSETZUNG:

www.horvath.co.at

ÜBERSETZUNGEN:

Mandana Taban, www.wordpool.at

DRUCK:

Ueberreuter Print GmbH, 2100 Korneuburg

ABONNEMENTS UND EINZELBESTELLUNG:

Die Zeitschrift „Raumdialog“ wird kostenlos abgegeben. Abonnements und Einzelbestellungen richten Sie bitte an die Redaktionsleitung
Tel.: 02742 / 9005 / 14128
Fax: 02742 / 9005 / 14170
E-Mail: christina.ruland@noel.gv.at

VERLAGS- UND ERSCHINUNGSORT:

St. Pölten

OFFENLEGUNG LAUT § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber: Amt der NÖ Landesregierung,
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik,
Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten

ERKLÄRUNG DER GRUNDLEGENDEN RICHTUNG DER ZEITSCHRIFT:

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Raumdialog“ informiert über den Stand und die Entwicklung der Ordnung und Gestaltung der räumlichen Umwelt in Niederösterreich.

Thema 10 Jahre Gemeinde21: weltweites Programm in Blau-Gelb

Lokale Agenda 21/Gemeinde21:

Lokale Strategie für globale Verantwortung. 4

10 Jahre Gemeinde21 –

ein klarer Weg, ein klares Ziel, viele überzeugte Gemeinden. 6

Gemeinde21 und Raumordnung:

ein Auftrag für die nächsten Jahre. 9

Dialog national

Thema einer ÖREK-Partnerschaft:

Vielfalt und Integration im Raum. 12

Finanzielle Aspekte des Wohnens in der Raumordnung:

ÖREK-Partnerschaft Leistbares Wohnen. 14

Dialog NÖ

Regionalfördergebiete 2014 bis 2020:

angewandtes EU-Beihilfenrecht in Niederösterreich. 16

Dialog regional

Kleinregionentag 2014:

Von der kleinregionalen Idee zum großen Impuls. 19

Regionale Leitplanung Bezirk Mödling:

Raumordnungsstrategie für 20 Gemeinden. 21

Statistische Grundlagen wo – wie – was? 22

Zusammenfassung

English Summary 23

Der eilige Leser 24

10 Jahre Gemeinde21 – 10 Jahre gemeinsame Verantwortung für das Übermorgen.

Gemeinde21: Eine Chance für Bürgerbeteiligung in der Raumordnung.

Vor zehn Jahren haben wir uns entschlossen, das weltweit gültige Programm der Lokalen Agenda 21 auch in Niederösterreich umzusetzen und die Entwicklung unseres Bundeslandes noch stärker als zuvor an dem Prinzip der Nachhaltigkeit auszurichten. Da Lokale Agenda 21 unter anderem auf „Nachhaltigkeit durch Bürgerbeteiligung“ basiert, wird klar, dass für Niederösterreich eine speziell zugeschnittene Form der Lokalen Agenda nötig war, da wir durch Dorf- und Stadterneuerung bereits wesentliche Erfahrungen einbringen konnten. So haben wir die Variante „Gemeinde21“ konstruiert und damit ein ideales Leitinstrument etabliert, das den Gemeinden Wege zeigt, die Bevölkerung ernst zu nehmen, ihr Verantwortung zu übertragen und gemeinsam die Gemeindeentwicklung zu steuern.



Der Anspruch an Gemeinde21-Gemeinden ist zweifelsohne sehr hoch, denn Gemeindeentwicklung auf Nachhaltigkeit auszurichten bedeutet, Gültigkeit für die kommenden Generationen zu erreichen. Umso erfreulicher ist es, dass in diesen zehn Jahren immerhin 49 Gemeinden den Wert der Gemeinde21 erkannt und sich zu diesem Weg entschlossen haben, und im heurigen Jahr sind weitere sieben Gemeinden eingestiegen. Diese Gemeinden haben begriffen, dass sich Gemeindeplanung einerseits an den Bedürfnissen der Menschen orientieren muss und andererseits nicht ohne die Menschen passieren darf, die von den Ergebnissen der Planungen unmittelbar betroffen sind. Damit sind diese Gemeinden wichtige Nachhaltigkeitsbotschafter und eine gute Basis für eine nachhaltige Landesentwicklung in Niederösterreich.

Ihr

Erwin Pröll/Landeshauptmann von Niederösterreich

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung kommt den Gemeinden eine Schlüsselstellung zu: Sie planen, errichten und gestalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur. Sie entscheiden über die konkrete Politik vor Ort.



Nachhaltigkeit ist für unsere Gemeinden ein absolutes Gebot der Stunde, denn Gemeindeentwicklung ist in vielen Bereichen zu einer Herausforderung geworden – Fehlplanungen oder nur kurzfristig akzeptable Entscheidungen können wir uns nicht mehr leisten. Daher gilt in der Gemeinde21 nicht nur die Betrachtung der drei Säulen der Nachhaltigkeit „Ökologie“, „Ökonomie“ und „Soziales“ als Maxime, sondern es muss noch intensiver als bisher die Gemeinde gesamthaft als Planungsraum wahrgenommen werden. Das Ziel muss unter anderem eine nachhaltig wirksame Raumordnung sein! Diese gelingt, wenn Raumplanung über reine Flächenwidmung hinausgeht und strategisch eingesetzt wird, wenn Planungen langfristige Horizonte aufweisen und wenn die Bevölkerung in diese Planungen eingebunden wird. Genau hier liegt auch die Schnittstelle zwischen Raumordnung und Gemeinde21.

Gemeinde21 will unseren Gemeinden nicht nur den Zugang zu einem weltweit gültigen Programm der Nachhaltigkeit eröffnen und sie durch die entsprechende Verantwortung auszeichnen, sondern ihnen auch einen gut erkennbaren Weg in eine lebenswerte Zukunft in einem gesicherten Lebensraum zeigen.

Ihr

Stephan Pernkopf/Landesrat für Umwelt, Landwirtschaft und Energie

Lokale Agenda 21/ Gemeinde21:

Lokale Strategie für globale Verantwortung.



Vor zehn Jahren hat Niederösterreich ein deutliches Signal für eine nachhaltige Landesentwicklung gesetzt und sich für die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 entschieden. Aufgrund der erfolgreichen Vorläufer Dorf- und Stadterneuerung – beide Aktionen basieren auf dem Grundprinzip der BürgerInnenbeteiligung – wurde Gemeinde21 als maßgeschneiderte niederösterreichische Form entworfen.

56 Gemeinden haben sich bisher für diesen Weg der nachhaltigen Gemeindeentwicklung entschieden – eine Zahl, die manchem vielleicht etwas mager erscheint. Aber erst, wenn man sich die Tragweite der Entscheidung für eine Lokale Agenda 21 bewusst macht, lässt sich begreifen, dass diese 56 Gemeinden tatsächlich ein Erfolg sind. Dazu müssen wir zunächst einen Blick in die Vergangenheit werfen, der die hohen Ziele von Gemeinde21 ins Gedächtnis ruft.

Aufgabe mit breitem Horizont. Vor zehn Jahren sind wir mit einer Vision gestartet:

● Gemeinde21 sieht die Dörfer, Märkte und Kleinstädte im ländlichen Raum nicht als idyllische Gegenwelten zu unwirtlichen Großstädten. Sie sieht „das Land“ mit städtischen Zonen verflochten und stark von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen beeinflusst. Die Unterschiede zwischen städtischer und ländlicher Lebenswelt verschwimmen zusehends.

Agenda 21

Agenda <lat.> – Dinge, die zu tun sind

21 – meint das 21. Jahrhundert

Die Agenda 21 ist ein weltweiter Aktionsplan (vier thematische Bereiche mit insgesamt 40 Kapiteln) zur nachhaltigen Entwicklung im 21. Jahrhundert.

Beschlossen wurde sie 1992 bei der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro.

- Gemeinde21 stellt sich den radikalen sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen der Gegenwart: In der globalisierten Welt ist auch Platz für die Wiederentdeckung des Regionalen, für die Qualitäten der Nähe, für die Schaffung regionaler Kreisläufe, für Kreativität bei der Erhaltung und Schaffung sozialer sowie kultureller Dienste – in Ausgewogenheit von bezahlten Arbeitskräften und ehrenamtlich Tätigen – sowie für Innovationen.
- Gemeinde21 schafft Platz für das Engagement aller Generationen. Sie ermutigt ebenso rüstige SeniorInnen wie Jugendliche, mit ihren Talenten und mit ihrer Persönlichkeit der Ortsgemeinschaft als Ganzes oder auch einzelnen Personen zu dienen.
- Gemeinde21 lebt globale Solidarität und bildet eine wichtige Basis der sozialen Modellregion Niederösterreich.
- Gemeinde21 sorgt für die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen sowie für Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen, bietet ZuwanderInnen aus dem In- und Ausland faire Möglichkeiten und sieht Vielfalt als Chance.
- Gemeinde21 ermutigt die BürgerInnen zur Weiterbildung im umfassenden Sinn: Persönlichkeitsbildung, soziale und arbeitsorientierte Vertiefung.
- Gemeinde21 fördert eine offene Lebenskultur, ermutigt zu Kreativität und verleiht den leisen oder stummen Seiten der Gesellschaft eine Stimme.
- Gemeinde21 nutzt die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien kritisch und intelligent als sinnvolles Werkzeug.
- Gemeinde21 lädt alle Gemeinden in der Aktion zum selbstständigen nachhaltigen Denken und Handeln ein.



Fotos: NO Dorf- und Stadtentwicklung



- Gemeinde21 folgt in ihrer Umsetzung den Aalborg Commitments und der Österreichischen Strategie für nachhaltige Entwicklung.

Diese Vision macht deutlich, wie umfassend Gemeinde21 Lebensbereiche beeinflusst und Lebenseinstellungen verändert! Diese Eigenschaft teilt Gemeinde21 mit der Raumplanung, die auf beinahe alle Lebensbereiche direkt oder indirekt Einfluss nimmt. Damit wird auch klar, welche intensive Wirkung die eher klein wirkende Zahl „56“ mit sich bringt.

Aufgabe für Mutige. Zum einen haben wir mit diesen 56 Gemeinden immerhin **mehr als 4 000 NiederösterreicherInnen** erreicht, die sich an Gemeinde21-Prozessen beteiligen und sich mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit auseinandersetzen. Zum anderen beschreibt Gemeinde21 einen Weg, sich den Problemen der Gegenwart zu stellen und Gemeindeplanung auf eine nachhaltig wirksame Strategie auszurichten.

Für diesen Weg braucht es zunächst **Mut zu einer sehr umfassenden BürgerInnenbeteiligung**, denn Planungen, die für Generationen Gültigkeit haben sollen, brauchen sehr breite Akzeptanz – daher würde ich mir als Leiterin der Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik auch wünschen, dass die örtliche Raumordnung als strategisches Instrument gesehen wird, das auch für den Prozess im Rahmen der Gemeinde21 mit BürgerInnenbeteiligung angewendet wird.

Für den Weg der Gemeinde21 braucht es aber auch **Aufgeschlossenheit für neue, innovative Ideen** sowie für **Beteiligungsmodelle**, die vielleicht über das Sammeln und Auflisten von Ideen hinausgehen, **aus der Meinungsvielfalt ein gemeinsames Ziel** formen und so Konflikten vorbeugen.

Und schließlich braucht es für den Weg der Gemeinde21 **Weitblick** – vor allem dafür, die **Notwendigkeit nachhaltiger Gemeindeplanung** zu erkennen und Wege zu finden, möglichst **alle Lebensbereiche** darin zu umfassen, damit **Nachhaltigkeit ein grundsätzliches Lebens- und Arbeitsprinzip** wird.

Aufgabe für die Raumordnung. Lange Zeit hat sich hartnäckig die Meinung gehalten, Raumordnung und BürgerInnenbeteiligung ließen sich nicht vereinbaren. Nach zehn Jahren Gemeinde21 wissen wir, dass diese Verknüpfung sehr wohl möglich und vor allem auch sinnvoll ist, denn nachhaltige Gemeindeplanung kann ohne die raumordnungsrelevanten Grundlagen oder Gegebenheiten nicht funktionieren. Ein Gemeinde21-Prozess, der seine Ziele und Maßnahmen nicht mit der örtlichen Raumordnung in Einklang bringt, kann also eigentlich nur teilweise nachhaltig sein. Daher sind alle Gemeinden, aber auch OrtsplanerInnen und die Gemeinde21-ProzessbegleiterInnen aufgerufen, diese Verknüpfung künftig stärker einzufordern. ■

Lokale Agenda 21

Lokal <lat.> – Örtlich, örtlich beschränkt

Die Lokale Agenda 21 ist ein „kreativer, lokaler, auf die Schaffung eines Gleichgewichts abzielender Prozess, der sich in sämtliche Bereiche der kommunalen Entscheidungsfindung erstreckt.“ (Aalborg-Charta, Kap. 1.14, 1994)

Nachhaltige Entwicklung

umschreibt einen Entwicklungsprozess, der den Ausgleich folgender Relationen anstrebt:

- zwischen menschlichen Bedürfnissen und der Leistungsfähigkeit der Natur
- zwischen den Bedürfnissen der gegenwärtigen und der künftigen Generationen
- zwischen den Bedürfnissen der Armen und der Reichen

10 Jahre Gemeinde21 –

ein klarer Weg, ein klares Ziel, viele überzeugte Gemeinden.

Lokale Agenda 21 war 2003 für Niederösterreichs Gemeinden noch ziemliches Neuland und unbekanntes Terrain. Dieser Bericht erzählt, wie das Land Niederösterreich dieses neue, spannende Ziel erreichbar, erlebbar und erfahrbar gemacht hat.





10 Jahre Gemeinde21 sind geprägt von vielfältigen Ideen, von gemeinsamen Zielen und spürbaren Veränderungen.

Im Jahr 2003 wurde die „Gemeinsame Erklärung zur Lokalen Agenda 21 in Österreich“ durch die Landesumweltreferenten beschlossen. Damit erging der Auftrag an den Nachhaltigkeitskoordinator des Landes, die Lokale Agenda 21 auch in Niederösterreich umzusetzen. So begann 2004 ein intensiver Beteiligungsprozess unter Einbindung zahlreicher NÖ-Programmträger, ExpertInnen des Bundes, der LA 21-Vorreiter-Bundesländer, externer ExpertInnen sowie diverser Interessensvertretungen, und die Pioniergemeinden Asparn/Zaya, Prellenkirchen, St. Peter/Au und Yspertal machten sich als erste auf den Gemeinde21-Weg.

Eine Definition – viele Möglichkeiten. Gemeinde21 steht für das Erarbeiten eines Zukunftsprogramms auf Gemeindeebene mit aktiver, breit angelegter BürgerInnenbeteiligung in Planung und Umsetzung. Dieser Prozess durchläuft die Phasen Gemeindepuls (Entscheiden-Starten), Aufbau (Orientieren-Planen), Umsetzung (Projektieren-Realisieren). Kommunikation und Information bilden die Klammer um diese Phasen und alle Arbeitsschritte. Um die Gemeinden seitens des Landes bestmöglich zu unterstützen, ist an die Aktion Gemeinde21 (G21) ein umfassendes Förderprogramm gekoppelt, das durch die finanziellen Mittel auch eine optimale fachliche und projektbezogene Unterstützung garantiert. Klar strukturierte Rahmenbedingungen wie die Schaffung organisatorischer Strukturen, begleitende Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für die ProzessbegleiterInnen und Kernteammitglieder der Gemeinde oder die laufende Evaluation von Prozess und Projekten sollen den Erfolg sicherstellen.

Klarer Weg – zahlreiche Weggefährten. Im Laufe des Jahres 2005 etablierte sich Gemeinde21 als neuer BürgerInnenbeteiligungsprozess auf lokaler Ebene mit Fokus auf die Zukunft, den im selben Jahr auch drei weitere Gemeinden (Grimmenstein, Traisen und Weißenbach an der Triesting) begannen. Ein Jahr später starteten gleich zwölf neue Gemeinden (Großmugl, Großrußbach, Hohenau an der March, Langenrohr, Michelhausen, Pölla, Ardagger, Biedermannsdorf, Brand-Laaben, Hadersdorf-

Kammern, Harmannsdorf, Hofamt Priel). Daraufhin wurden die G21-Stammtische als Vernetzungstreffen institutionalisiert und inspirierten die Gemeinden **St. Martin, Echsenbach, Groß-Enzersdorf, Höflein, Schwarzenau, Zistersdorf** zu nachhaltiger Gemeindeentwicklung auf dem Weg der Gemeinde21. So fiel beim zweiten Vernetzungstreffen 2008 eine erste Bilanz mit mehr als 1 200 aktiven Personen in etwa 130 Arbeitskreisen sehr positiv aus. Ebenso erfreulich war, dass an diesem Tag auch die ersten niederösterreichischen Gemeinden die sogenannte „Aalborg-Charta“* unterzeichneten und somit Teil des europäischen Netzwerks „Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden“ wurden. In diesem Jahr entschlossen sich auch **Ottenschlag, Bisamberg, Dunkelsteinerwald** und **Ernsthofen** zu einem Gemeindeprozess.

Ein Gipfel – neue „Bergkameraden“. Ein Highlight nach den ersten fünf Jahren eröffnete sich unter dem Motto „www ... der Nachhaltigkeit – Wir gehen Wege mit Wirkung!“, als sich nahezu ganz LA 21-Österreich im Mai 2009 in Echsenbach (Waldviertel) zum „5. Österreichischen LA 21-Gipfel“ traf. Man erlebte dort die geballte Kraft von unzähligen Lokalen Agenda 21-Aktivitäten, -Prozessen sowie -Projekten und verließ gestärkt und ausgestattet mit vielen neuen Ideen und Motivationen diesen Kristallisationspunkt in Richtung eigener Aufgabengebiete und Herausforderungen. Das Interesse an G21 wurde auch bei **Dürnstein, Göttlesbrunn-Arbesthal** und **Kirchberg an der Pielach** geweckt, zusätzlich startete ein weiterer Lehrgang für G21-ProzessbegleiterInnen und speziell auch für Kernteammitglieder. 2010 folgten nach einem weiteren Vernetzungstreffen **Berg, Eichgraben, Reinsberg, Rohrau, Trautmannsdorf an der Leitha, Ziersdorf** und **Hohenberg** den Gemeinde21-Spuren in Niederösterreich. 2011 folgten **Kirchstetten, Markersdorf-Haindorf, Mauerbach** und **Wolfsthal** auf den G21-Weg.

* Die Aalborg-Charta (Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit) wurde am 27. Mai 1994 auf der Europäischen Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden in der dänischen Stadt Aalborg verabschiedet und enthält eine Selbstverpflichtung der unterzeichnenden Gebietskörperschaften für eine zukunftsbeständige, nachhaltige Politik.

Thema 10 Jahre Gemeinde21: weltweites Programm in Blau-Gelb



Foto: Weinfranz



Foto: Haslinger



Foto: NÖ Dorf- und Stadterneuerung

Neue Wege – weitere Gemeinden. Das Thema Wirtschaft / Ökonomie ist – neben Sozialem und Umwelt / Ökologie –

zwar wesentlich in der Lokalen Agenda 21, aber allzu oft schwer zu fassen. Daher widmete man sich 2012 verstärkt diesem Thema, etwa bei einer Veranstaltung in Pölla mit dem Titel „Nachhaltigkeit – Nutzen für Unternehmen – Chance für den ländlichen Raum“. Gemeinde21-Neueinsteiger des Jahres 2012 waren **Niederleis, Sitzenberg-Reidling, Enzersdorf an der Fischa und Altenmarkt an der Triesing**, 2013 folgten **Kreuzstetten und Martinsberg**. 2014 schließlich wurden mit **Breitenfurt, Engelhartstetten, Pöggstall, Rohrbach an der Gölsen, Steinakirchen am Forst, Wildendürnbach und Theresienfeld** die 56 Gemeinden komplett.



10 Jahre – ermutigende Bilanz. Zehn Jahre Gemeinde21 in Niederösterreich lassen sich einerseits in Zahlen ausdrücken:

- 56 niederösterreichische Gemeinden haben mit August 2014 einen G21-Prozess gestartet
- 1 Gemeinde hat sogar einen Wiedereinstieg in Angriff genommen
- 13 aktive Prozesse laufen
- 48 Zukunftsbilder und Maßnahmenpläne sind seit 2004 entstanden
- in 6 Arbeitskreisen (durchschnittlich) arbeiten
- jeweils 11 Personen pro Arbeitsgruppe an den unterschiedlichsten Themen

- 66 Personen mindestens sind damit stets aktiv an der Gemeindeentwicklung beteiligt
- mindestens 3 700 NiederösterreicherInnen haben damit in 10 Jahren die Chance ergriffen, sich an der Gemeindeentwicklung zu beteiligen!

Andererseits lassen sich die in den Prozessen und Projekten gewonnenen Eindrücke auch sehr plakativ zusammenfassen:

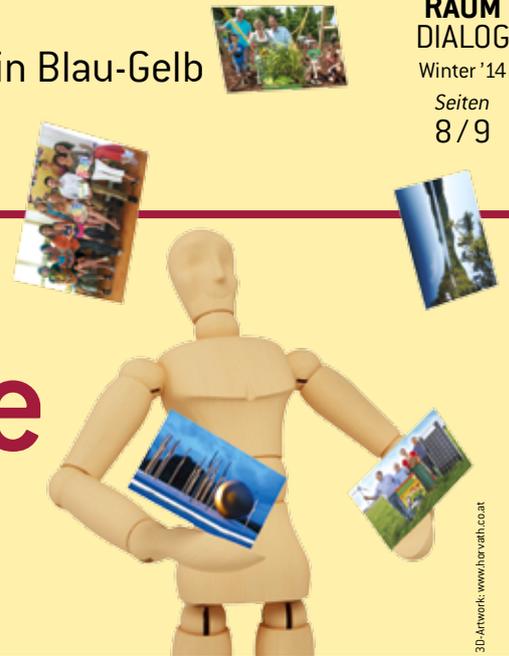
- beteiligte BürgerInnen = zufriedene BürgerInnen
- aktives Miteinander = erfülltes Miteinander
- gemeinschaftliches Arbeiten = Arbeiten mit vielfacher Freude
- abgestimmte Ideen = erfolgreiche Ideen
- langfristige Perspektiven = Perspektiven mit Entfaltungsmöglichkeiten
- geteilte Verantwortung = Verantwortung mit wirkungsvollen Ergebnissen
- gemeinsamer Erfolg = Erfolg mit spürbarer Wirkung
- vernetztes Engagement = wahrnehmbares Engagement
- zukunftsfähiger Lebensraum = gesicherter Lebensraum
- gemeinsame Wege = Wege mit Wirkung

Diese Zahlen und Eindrücke machen Mut, den Weg der Gemeinde21 weiterzugehen, auch wenn es manchmal Steine beiseite zu räumen oder Hürden zu überwinden gilt. Mit **Oed-Öhling** steht auch die nächste Gemeinde bereits in den Startlöchern und wird 2015 den Gemeinde21-Prozess beginnen. G21 eröffnet viele Perspektiven und neue Aktionsradien, von denen die Gemeinde und ihre Bevölkerung direkt profitieren, und schließlich ist es unser aller Aufgabe, den nachfolgenden Generationen einen intakten Lebensraum zu erhalten!

Tipp:
Ausführliche Infos zur Gemeinde21 sowie Kontakte und Ansprechpartner finden Sie auf www.gemeinde21.at

Gemeinde21 und Raumordnung:

ein Auftrag für die nächsten Jahre.



3D-Netzwerk: www.harvath.co.at

Raumordnung und BürgerInnenbeteiligung sind – entgegen der lange gepflegten Meinung – kein Widerspruch. Im Gegenteil! Wer Raumplanung als Strategie zur Gemeinde- und Regionsentwicklung versteht, kommt um Bürgerbeteiligung nicht herum. Denn nur die breite Akzeptanz, die Beteiligung mit sich bringt, wird auch Planungen zu nachhaltig positiv wirksamen Ergebnissen führen.

Örtliche Raumordnung und Gemeinde21 sind daher grundsätzlich nicht als parallel oder aneinander vorbeilaufende Prozesse zu verstehen, sondern sollen im Interesse der nachhaltigen Wirkung miteinander verknüpft werden.

Offener Weg aus beiden Richtungen. Dieser gemeinsame Weg kann von beiden Seiten her beschritten werden:

- **Integration der örtlichen Raumordnung in den Gemeinde21-Prozess.** Die Gemeinde stellt die künftigen Vorhaben bezüglich Flächenausweisung und -nutzung in einem offenen Planungsprozess der Bevölkerung zur Diskussion. Gemeinde und OrtsplanerIn nehmen die dabei geäußerten Wünsche und Anregungen auf und berücksichtigen sie in der Erstellung oder Änderung der Örtlichen Entwicklungskonzepte oder Raumordnungsprogramme.

- **Integration des Gemeinde21-Prozesses in die örtliche Raumordnung.** Im Zuge des Gemeinde21-Prozesses wird ein Zukunftsleitbild erstellt. Zur Abstimmung mit den Zielen der örtlichen Raumordnung in der betreffenden Gemeinde ist es sinnvoll, bei der Erarbeitung des Örtlichen Entwicklungskonzepts dieses Leitbild zu berücksichtigen, um Planungswidersprüchlichkeiten und Nutzungskonflikten vorzubeugen.

Dass dieser Weg der integrativen Planung nicht nur möglich, sondern auch erfolgreich zu beschreiten ist, beweisen Beispiele aus Gemeinden, die im Zuge des Gemeinde21-Prozesses auch Planungsentscheidungen mit BürgerInnenbeteiligung getroffen haben.

Pionier auf dem integrativen Weg. Mehrfach zitiert wurde mittlerweile die Gemeinde Berg im Bezirk Bruck an der Leitha, zwischen der Bundeshauptstadt Wien und der slowakischen Hauptstadt Bratislava gelegen.

Hier wurden der Gemeinde21-Prozess und die Erstellung eines Örtlichen Entwicklungskonzepts miteinander verschränkt. Wesentlicher Bestandteil des Örtlichen Entwicklungskonzepts, das im Auftrag der Gemeinde von den Landschaftsplanern DI Ralf Wunderer und DI Armin Haderer in monatelanger Arbeit erstellt wurde, sind auch die zahlreichen Ideen der BergerInnen, die in einem 24-Stunden Workshop neben einem Slogan mit Botschaft auch ein Leitziel mit Inhalt sowie viele Ziele und Projektideen mit bemerkenswertem Blick auf das Wesentliche und Machbare formulierten! Daraus hat sich ein umfassendes Leitbild entwickelt, das Hand in Hand mit den Vorstellungen von Gemeindevertretung und Raumplanern geht. Themen waren neben der Erhaltung der schützenswerten Trockenrasenflächen auf der Königswarte auch die Gestaltung des Ortskerns, der Ankauf von Flächen im Ortszentrum für öffentliche Gebäude oder Betreuungseinrichtungen sowie der Umgang mit der Kellergasse, um das charakteristische Ensemble auch für weitere Generation zu erhalten. In der Folge wurde für den ganzen Ort ein neuer Flächenwidmungsplan erlassen, um innerörtliche Grünzonen und Freiflächen sowie ortsbildprägende Strukturen zu sichern, Baulücken zu schließen und vorhandene Baulandreserven zu nutzen. Potentielles Bauland wurde durch die Gemeinde angekauft und umgewidmet. Dadurch unterliegt auch der Zuzug aus der nahen Großstadt einer automatischen Kontrolle und Regelung durch die Gemeinde.

Thema 10 Jahre Gemeinde21: weltweites Programm in Blau-Gelb



Foto: NÖ Dorf- und Stadterneuerung



Foto: Gemeinde Berg



Foto: NÖ Dorf- und Stadterneuerung



„Für mich war die Zukunftskonferenz zum Örtlichen Entwicklungskonzept in Berg auf fallen Linien ein sehr positives Erlebnis. Besonders beeindruckend waren die konkreten Vorstellungen der Bevölkerung zur Gemeindeentwicklung, das Verständnis für

Planungsgrundlagen, die seriösen Diskussionen und die konstruktive Arbeit in Kleingruppen. Basis dafür war sicher auch die klare Überzeugung der Gemeindeg Spitze, und zwar einerseits von der Raumordnung als Strategieinstrument sowie andererseits vom Mehrwert der Bürgerbeteiligung. Wenn diese Überzeugung auch auf die Bevölkerung übergreift, bringt das Ergebnis für die Gemeinde vielerlei Vorteile: Planungen werden von der Bevölkerung mitgetragen, und die erzielten Lösungen wirken nachhaltig. Wenn sich Menschen mit ihrem Heimatort auseinandersetzen und dabei Zeit und Ideen investieren, identifizieren sie sich mit der Gemeinde und fühlen sich wohl, was auch ihre Bindung an den Ort vertieft.“

DI Armin Haderer
die Landschaftsplaner.at Ziviltechnikergesellschaft m.b.H.,
Ortsplaner in Berg



„Wir sind sehr stolz, dass es uns als kleine, aber aufstrebende Gemeinde gelungen ist, den Gemeinde21-Prozess mit der Entwicklung und Erstellung unseres Örtlichen Entwicklungskonzepts zusammenzuführen. Gemeinde21-Leitbild und Entwick-

lungskonzept sind bei uns zu einem gemeinsamen, verbindlichen Leitfaden für die Gemeindeentwicklung geworden. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Bürgerbeteiligung nicht nur eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung bringt, sondern – anders als vermutet – manche Planungsentscheidungen beschleunigen kann. Während die Gemeindevertreter untereinander oft nicht schnell einig werden, kann die Bevölkerung meist klar ihre Präferenzen bzw. Vorstellungen ausdrücken und damit rascher eine Entscheidung herbeiführen. Das so entstandene Entwicklungskonzept ist ein wichtiger Leitfaden für die Gemeinderäte bei vielen Entscheidungen, und der Einsatz der Bevölkerung ist ein guter Rückhalt, wenn es darum geht, Entscheidungen, die auch für die nächste Generation noch gelten sollen, richtig zu treffen.“

Georg Hartl
Bürgermeister von Berg

Nachahmer mit Mut zur Diskussion. Auch Markersdorf-Haindorf, im Bezirk St. Pölten-Land an Autobahn, B1, Westbahn sowie Pielach und Sierning gelegen, hat im Zuge des Gemeinde21-Prozesses begonnen, ein Örtliches Entwicklungskonzept zu erstellen. Kernthema ist neben der Siedlungsentwicklung mit Blick auf das Wachstum der Gemeinde vor allem auch die Neuordnung bestehender Strukturen. So wurde mit der Bevölkerung etwa die Standortfrage für öffentliche Gebäude wie Gemeindeamt, Bauhof, Feuerwehr oder Altstoffsammelzentrum

diskutiert. Ausgangspunkt dafür waren unterschiedliche Planungsvarianten, die sich aufgrund der örtlichen Gegebenheiten in Markersdorf-Haindorf ergeben haben. Eine Herausforderung für die Gemeinde sind dabei eventuell nötige Umwidmungen im Ortskern, Siedlungserweiterungen oder die Umstrukturierung von bestehenden Gebieten. In Markersdorf-Haindorf spielen in einer solchen Gemeindeplanung vor allem sogenannte „wenn-dann-Beziehungen“ eine Rolle: Wie gestalten wir einen Ortsteil, wenn ein Hochwasserschutz errichtet wird? Wie lässt sich ein



Foto: Schedlmayer Raumplanung ZT GmbH



Foto: NÖ Dorf- und Stadterneuerung



Foto: Schedlmayer Raumplanung ZT GmbH



„Unser Part in den Diskussionsrunden mit der Bevölkerung ist es zunächst, die entsprechende Bestandserhebung zu präsentieren und Entwicklungsüberlegungen vorzuschlagen. Besonders positiv haben wir das Verständnis der Bevölkerung gegenüber

rechtlichen Kriterien oder raumplanerischen Grundsätzen hinsichtlich der örtlichen Gegebenheiten bzw. Möglichkeiten empfunden. Unsere Ausgangsanalyse ist eine gute Basis für breite Akzeptanz, die breite Akzeptanz wiederum verspricht Erfolg in der Umsetzung. Spannend war die sehr kontroverielle Debatte bezüglich der Positionierung öffentlicher Gebäude, in die wir uns durch die Darstellung von Vor- und Nachteilen möglicher Varianten eingebracht haben. Aber bei noch so großer Meinungsvielfalt ist die Diskussion stets sachlich geblieben. Man sieht, den Menschen ist ihr Wohnort nicht egal, sie möchten mitentscheiden, und sie sind durchaus in der Lage, fachliche Grundlagen zu verstehen und richtig einzuschätzen.“

DI Herfrid Schedlmayer
Schedlmayer Raumplanung ZT GmbH,
Ortsplaner in Markersdorf-Haindorf



„Im Zuge der Bürgerbeteiligung in Markersdorf-Haindorf hat sich bestätigt, dass Qualität vor Quantität steht, denn es kommt nicht darauf an, dass sich möglichst alle persönlich beteiligen, sondern dass Interessenten aller betroffenen Gruppen gehört werden. Das bedeutet, wir müssen

für die einzelnen Zielgruppen passende Beteiligungsangebote, gegebenenfalls auch in kleinerem Kreis, mit geeigneten Methoden bieten. Der Diskussionsprozess im Zuge der Erstellung des Örtlichen Entwicklungskonzepts hat einerseits gezeigt, wie wichtig den Menschen die Zukunft ihres Ortes ist und dass sie meist auch konkrete Vorstellungen dazu haben. Dabei gehen sie unbelastet von Richtlinien oder planerischen Vorgaben in eine offene Diskussion. Andererseits haben sie überraschend schnell gelernt, mit fachlichen Unterlagen und Informationen – etwa zu den raumplanerischen Grundlagen in Markersdorf-Haindorf – umzugehen. Damit war auch eine sehr sachliche Diskussion möglich, die der Gemeinde vielerlei Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigt. So können Entwicklungsziele konkreter formuliert und Entscheidungen rascher getroffen werden.“

NR Mag. Friedrich Ofenauer
Bürgermeister der Marktgemeinde Markersdorf-Haindorf

Gemeindeteil nutzen, wenn Lärmschutz gegeben ist? Auch dabei ergeben sich Varianten, die es zu vergleichen und abzuwägen gilt, bevor Ergebnisse in die Flächenwidmung Eingang finden. Die Grundlagenerhebung ist in Markersdorf-Haindorf abgeschlossen, die Entwicklungsvorhaben werden nun weiter diskutiert, wobei vor allem bezüglich der Standortfindung für die öffentlichen Gebäude klare Vorstellungen positioniert wurden. Geeignet hat man sich bereits auf ein gemäßigtes Wachstum vor allem in den kleineren Ortsteilen.

Im Idealfall wird eine Gemeinde, die auch Gemeinde21 ist, alle ihre Vorhaben im Bereich der örtlichen Raumordnung mit den Zielen des Zukunftsleitbildes in Einklang bringen und die Bevölkerung in die einzelnen Planungsschritte und -prozesse mit einbinden. Damit werden die Bestrebungen einer Gemeinde bezüglich örtlicher Raumordnung Teil eines übergreifenden Maßnahmenkatalogs im Zuge des Gemeinde21-Prozesses, der letztlich seinen Niederschlag im Zukunftsprogramm der Gemeinde findet.

Thema einer ÖREK-Partnerschaft:

Vielfalt und Integration im Raum.

Eine der zentralen Aufgaben der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) ist die Ausarbeitung und Aktualisierung des Österreichischen Raumentwicklungskonzepts (ÖREK). Als aktuellstes Dokument wurde das „ÖREK 2011“ veröffentlicht. Zeitgleich wurde auch die „Umsetzung“ im Rahmen sogenannter „ÖREK-Partnerschaften“ gestartet, in denen thematisch befasste ÖROK-Mitglieder und weitere AkteurInnen einen oder mehrere Aufgabenbereiche des ÖREK-Handlungsprogramms umsetzen.

programm“ den inhaltlichen Kern des ÖREK 2011. Nach dem Verhältnis 4/ 14/ 36 sind darin 4 Säulen, 14 Handlungsfelder und 36 Aufgabenbereiche für die österreichische Raumentwicklung definiert.

Gesellschaftliche Vielfalt: Herausforderung mit räumlicher Wirkung. Integrationspolitik ist als wichtiger Bezugspunkt für wirtschaftliche, gesellschaftliche und raumbezogene Strategien zu sehen. Die gesellschaftliche Vielfalt wächst und stellt dadurch unterschiedliche Ansprüche an den Raum. Integration hat darüber hinaus immer auch einen räumlichen Bezug: Integrationsprozesse geschehen vor Ort und werden dort erheblich durch unterschiedliche Rahmenbedingungen beeinflusst.

Allgemein betrachtet, bestehen in Österreich verschiedenste Ansätze zum Umgang mit Vielfalt und Integrationsprozessen in der räumlichen Planung, nur waren diese vielfach anlassbezogen und nicht miteinander vernetzt. Der Dialog und eine verstärkte Zusammenarbeit sind aber gerade für eine erfolgreiche Umsetzung unverzichtbar und gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Dialog und Vernetzung: Bewusstsein für räumliche Entwicklungspolitik. In diesem Sinne war die ÖREK-Partnerschaft „Vielfalt & Integration im Raum“ insbesondere darauf ausgerichtet, Bewusstsein für die räumlichen Auswirkungen von Zuwanderungs- und Integrationsprozessen und den damit verbundenen Handlungsbedarf zu schaffen. Darüber hinaus war es ein Ziel, neue Aktivitäten zwischen integrations- und standortpolitischen AkteurInnen im Interesse der räumlichen Entwick-



Foto: www.horvath.co.at

„Integration“ steht für „einbeziehen“, „zusammenschließen“, „erneuern“ (lat. integrare) – ein integriertes Miteinander im Sozialen Raum eröffnet neue Entwicklungspotentiale.

Das ÖREK stellt ein gemeinsames Leitbild und ein strategisches Steuerungsinstrument für die gesamtstaatliche Raumordnung und Raumentwicklung in Österreich dar. Neben Grundhaltungen und räumlichen Zielen bildet das gemeinsame „Handlungs-

Foto: www.horvath.co.at



lungspolitik zu fördern. Die Unterstützung des Erfahrungsaustausches über erfolgreiche Ansätze einer zunehmend vielfältigeren Gesellschaft bildete eine weitere wesentliche Zielsetzung.

Im Rahmen einer über zwei Jahre dauernden Zusammenarbeit konnten der Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt, der Einfluss der Raumplanung, die Herausforderungen für Politik und Verwaltung sowie planungsrelevante Zugänge aufgezeigt werden. Der fachliche Austausch bildete dabei das zentrale Element dieser ÖREK-Partnerschaft, und zwar nicht nur innerhalb derselben, sondern punktuell im Rahmen von Veranstaltungen mit ExpertInnen aus den Bereichen Integration, Raumentwicklung und Verwaltung auch über den eigentlichen Kreis hinaus.

Die Sensibilisierung der MaßnahmenträgerInnen von Raum- und Integrationspolitik, die räumliche Dimension von Zuwanderungs- und Integrationsprozessen sowie die Verbesserung der strukturellen Voraussetzungen für die ebenen- und bereichsübergreifende Koordination standen im Vordergrund der Arbeiten. Als mögliche Impulse für ein zukünftiges „Handeln im Raum“ wurden Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Handlungsempfehlungen: für einen aktivierenden und querschnittsorientierten Diskurs. Als zentrales Ergebnis lassen sich die folgenden Handlungsempfehlungen zusammenfassen:

- **Orientierung:** Raumbezogene Integrationsagenden bedürfen eines klaren Commitments und strategischer Leitbilder
- **Wissensbasis:** Bestandsaufnahme muss über die Erhebung statistischer Daten hinausgehen
- **Planungsqualität:** Fokus auf integrierte Entwicklungs- und Erneuerungskonzepte lenken
- **Zuständigkeiten:** Schnittfeldmanagement als Aufgabe der öffentlichen Verwaltung verankern
- **Partizipation und bürgerschaftliches Engagement:** Von Betroffenen zu Mitwirkenden (beispielsweise durch zielgruppenspezifische Beteiligungsverfahren)
- **Lernprozesse:** Lernen an und von guten Projekten
- **Transfers:** Handlungs- und Kommunikationsplattform als Fortsetzung des Diskurses

Das interaktive Element der ÖREK-Partnerschaft zieht sich auch hier wie ein roter Faden durch die einzelnen Handlungsfelder. Kommunikation und Dialog bilden dabei die Basis für eine erfolgreiche Umsetzung. Vernetzung und Erfahrungsaustausch über die bisherigen Arbeiten der ÖREK-Partnerschaft hinaus stellen ein Schlüsselement dar.

Nicht nur die verstärkte Zusammenarbeit zwischen „Integration“ und „Raumentwicklung“ wird seitens der ÖREK-Partnerschaft als sehr wertvoll beurteilt, sondern darüber hinaus auch das gemeinsame Verständnis. Die Weiterführung des gemeinsamen fachlichen Austausches und der Vernetzung aller relevanten AkteurInnen sind gerade für eine integrationspolitisch verstärkte Raumentwicklung von großer Bedeutung. Es zeigt sich auch ein weiterer Bedarf nach einer Schnittstellenfunktion, nicht zuletzt um den Umgang mit Vielfalt und Integration im Raum als breiten, offenen Prozess zu etablieren. Die vorgeschlagene Einrichtung einer Handlungs- und Kommunikationsplattform könnte einen wesentlichen, nächsten Kooperationsschritt zur Vertiefung des Fachdiskurses und für eine Fortsetzung des eingeleiteten Dialogs darstellen.

Die ÖREK-Partner:

Bundeskanzleramt, Abteilung Koordination – Raumordnung und Regionalpolitik (Federführung)

Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

Land Niederösterreich – NÖ Landesakademie, Integrationservice und RM Industrieviertel

Land Oberösterreich – Integrationsstelle

Land Vorarlberg – Raumplanung & Gesellschaft, Soziales und Integration

Stadt Leoben – Stadtamtsdirektion

Stadt Innsbruck – Stadtplanung, Stadtentwicklung und Integration

Stadt Wien – MA 17 Integration und Diversität & MA 18 Stadtentwicklung und -planung

Stadt Wiener Neustadt, MA 7 Integration

Österreichischer Städtebund

Österreichischer Gemeindebund

ExpertInnen aus den Bereichen Raumentwicklung & Integration

Die fachliche Begleitung dieser ÖREK-Partnerschaft erfolgte durch ein wissenschaftliches Team bestehend aus Mitgliedern der TU Wien, der Universität Innsbruck, des Interkulturellen Zentrums in Wien und der Gruppe YEAN unter der Leitung von Univ.-Prof. Rudolf Scheuven (TU Wien).

Tipps:

Weiterführende Informationen und Unterlagen siehe:

www.oerok.gv.at/raum-region/oesterreichisches-raumentwicklungskonzept/oerek-2011/umsetzung-oerek-partnerschaften/vielfalt-integration.html

Die Ergebnisse der ÖREK-Partnerschaft sind in einem Abschlussbericht zusammengefasst und werden im Rahmen der ÖROK-Schriftenreihe als Nr. 190 „Vielfalt & Integration im Raum“ publiziert (www.oerok.gv.at → Publikationen)



Finanzielle Aspekte des Wohnens in der Raumordnung:

ÖREK-Partnerschaft Leistbares Wohnen.



Im Rahmen des Umsetzungsprozesses des ÖREK 2011 wurde von 2013 bis 2014 eine ÖREK-Partnerschaft zum „Leistbaren Wohnen“ eingerichtet, an der sich neben dem Bundeskanzleramt (federführend) auch das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, die Bundesländer sowie der Städte- und Gemeindebund beteiligten. Ziel der Partnerschaft war vor allem, mögliche Beiträge der Raumordnung zur Senkung der Wohnkosten sowie Möglichkeiten zur Steigerung der Wirksamkeit der Instrumente aufzuzeigen.



Leistbares Wohnen: eine Frage des „Wie“ und des „Wievie!“, aber auch des „Wo“, ...

Leistbares Wohnen wird im Allgemeinen mit förderbarem Wohnbau gleichgesetzt. In den raumordnungsgesetzlichen Zielbestimmungen spielt es bislang kaum eine Rolle. Eine entsprechende Ergänzung der Ziele durch die Ausrichtung auf „leistbares Wohnen“ kann dieses wichtige Anliegen dokumentieren und einer Interessenabwägung in der Planung zugänglich machen.

Förderbarer Wohnbau als Thema der Flächenwidmung. Standortfestlegungen für den förderbaren Wohnbau im Flächenwidmungsplan sind eine sinnvolle Erweiterung des Planungsinstrumentariums. Für Niederösterreich würde sich vor allem eine Sonderwidmungs- und weniger eine Vorbehaltsflächenregelung anbieten. Mit einer Sonderwidmung kann eine Fläche

reserviert und damit verhindert werden, dass diese für eine andere Nutzung verwendet wird. Umsetzungsverpflichtungen könnten vor der Umwidmung zivilrechtlich vereinbart werden. Vorbehaltsflächen wären nur mit einer Enteignungsregelung wirksam. Eine solche Landeskompetenz besteht für den förderbaren Wohnbau aber nicht.

Um in der praktischen Anwendung den verfassungsrechtlichen Anforderungen für Widmungen gerecht zu werden, sollten planungsfachliche Kriterien entwickelt werden, aus denen Standortvoraussetzungen für leistbares Wohnen ableitbar sind.

... denn nur wenn sämtliche
Kriterien stimmen,
fühlen sich alle Generationen wohl.



Foto: www.shutterstock.com

Dichteregeln als Rahmenbedingung. Durch angemessene Dichtefestlegung können bebauungsspezifische Rahmenbedingungen für Siedlungsstrukturen geschaffen werden, die auch Anliegen des leistbaren Wohnens unterstützen. Spezifische Siedlungs- und Bebauungsdichten sollten schon in den strategischen Überlegungen zur Gemeindeentwicklung vorgegeben und in Bebauungsplänen konkretisiert werden. Die planerischen Vorgaben sollten sich nicht darauf beschränken die zulässigen Bebauungsdichten zu maximieren, sondern sie sollten qualitativ hochwertige und lebenswerte Siedlungs- und Wohnstrukturen anstreben. Bei Verdichtungen sind jedenfalls besonders Aspekte der Standorteignung und -ausstattung sowie der Gestaltungsqualität zu berücksichtigen.

Baulandmobilisierung und Vertragsraumordnung als rechtlicher Rahmen. Leistbares Wohnen setzt voraus, dass geeignete Flächen in Gemeinden mit Wohnungsbedarf zur Verfügung stehen. Der Verfügbarkeit der Flächen kommt eine Schlüsselrolle zu. Die Maßnahmen zur Erhöhung der Bodenmobilität sind vielfältig und reichen von öffentlich-rechtlichen Maßnahmen, etwa der Befristung von Baulandwidmungen, über die Bewusstseinsbildung bis hin zu vertragsrechtlichen Vereinbarungen. Im Rahmen der ÖREK-Partnerschaft wurde ein umfassendes Gutachten über Rechtsfragen der Vertragsraumordnung in Österreich eingeholt, das unter anderem zum Ergebnis kommt, dass für einen wirksamen Einsatz der Vertragsraumordnung die Regelungen über Vertragsziele und mögliche Vertragsinhalte ebenso definiert werden sollten wie der räumliche und sachliche Anwendungsbereich. Den Gemeinden kann damit ein klarer Rahmen für ihre privatrechtlichen Vereinbarungen im Raumordnungsumfeld gegeben werden.

Darüber hinaus sind künftig verstärkt Modelle zur Einhebung von Aufschließungs- und Erhaltungsbeiträgen für unbebaute Grundstücke als Maßnahme zur Baulandmobilisierung zu entwickeln. Sinnvoll ist es auch, leistbares Wohnen bzw. die aktive Bodenpolitik durch Bodengesellschaften oder -fonds zu unterstützen.

Leistbares Wohnen als überörtliche Planungsaufgabe. Zunehmend ist die überörtliche Raumordnung gefordert, planerische Vorgaben für leistbares Wohnen landes- und regionspezifisch zu verankern. Da die Bereitstellung von Flächen für leistbares Wohnen vielfach von benachbarten Gemeinden aufgrund funktionaler Verflechtungen gemeinsam zu lösen ist, wird der regionale Abstimmungsbedarf offensichtlich. Bedarfsabschätzungen sowie Kriterien für die Flächenverteilung können auf regionaler Ebene ebenso geklärt werden wie konkrete Maßnahmen der Regionen zur Zielerreichung, insbesondere auch zur Baulandmobilisierung und aktiven Bodenpolitik.

Leistbares Wohnen als ein Raumordnungsziel. Bei der Umsetzung des Ziels, leistbaren Wohnraum zu ermöglichen, dürfen die anderen Raumordnungsziele aber nicht außer Acht gelassen werden. Ungünstige Baustrukturen an ungeeigneten (peripheren) Standorten könnten wohl billigen Wohnraum zur Verfügung stellen, würden aber freilich andere siedlungs-, raum- und sozialpolitische Zielsetzungen unterlaufen und damit zu Fehlentwicklungen führen.

Als eine Daseinsgrundfunktion weist „leistbares Wohnen“ also einen besonderen Zusammenhang mit der Raumordnung auf. Der Raumordnung kommt vor allem die Aufgabe zu, geeignete Flächen für leistbares Wohnen bedarfsgerecht zu sichern bzw. das Angebot an verfügbarem Bauland durch baulandmobilisierende Maßnahmen zu erhöhen. Eine Verbesserung im Planungsinstrumentarium kann wichtige Beiträge für ein leistbares Wohnen liefern, wobei raumordnerische Festlegungen lediglich einen Teil der Maßnahmen darstellen und zur Zielerreichung jedenfalls ein Maßnahmenmix erforderlich ist. ■

Tipp:

Weiterführende Informationen und Unterlagen siehe:
www.oerok.gv.at/raum-region/oesterreichisches-raumentwicklungskonzept/oerek-2011/umsetzung-oerek-partnerschaften/leistbares-wohnen.html



Regionalfördergebiete 2014 bis 2020:

angewandtes EU-Beihilfenrecht in Niederösterreich.

Am 21. Mai 2014 hat die Europäische Kommission die Regionalfördergebietskulisse für Österreich und somit auch für Niederösterreich für die Jahre 2014 bis 2020 beschlossen.

Die Regionalfördergebiete regeln, wo und in welchem Ausmaß betriebliche Investitionsförderungen (Bauten, Maschinen, Geräte) in Niederösterreich getätigt werden können. Der Genehmigung waren langwierige Verhandlungen vorausgegangen, an denen sich auch das Bundesland Niederösterreich wiederholt beteiligt hat.

**Regionalbeihilfen: Förderungen als Ausnahme-
regelung.** Die Europäische Union betrachtet staatliche Beihilfen („Förderungen“) an Wirtschaftsunternehmen grundsätzlich als Verzerrung des Wettbewerbs und daher als nicht mit dem gemeinsamen Markt vereinbar. Aus unterschiedlichen Gründen gibt es jedoch Ausnahmen, z.B. für Forschung und Entwicklung oder für den Energie- und Umweltbereich. Eine weitere Ausnahme stellen sogenannte Regionalbeihilfen für Unternehmen dar. Diese sollen die Entwicklung benachteiligter Gebiete durch Förderung betrieblicher Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen.

Die Rechtsgrundlage für die Vergabe von Regionalbeihilfen bilden die „Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014 – 2020“, die am 23. Juli 2013 von der Europäischen Kommission beschlossen wurden. Diese Regionalleitlinien regeln unter anderem, wie hoch der Anteil an förderfähiger Bevölkerung je Mitgliedsstaat ist, welche Gebietskategorien als Regionalfördergebiete überhaupt in Frage kommen oder wie hoch die maximalen Fördersätze bei Regionalbeihilfen sein können.

**Bevölkerungspfad: gutes Ergebnis für Nieder-
österreich.** In den Regionalleitlinien wird der Anteil der zulässigen Fördergebietsbevölkerung in Österreich mit 25,87% der Gesamtbevölkerung festgelegt. Dem entspricht bei einer Gesamtbevölkerung Österreichs am Beginn des Jahres 2013 von 8 451 860 eine absolute Bevölkerungszahl von 2 186 496 Ein-

wohnerInnen. Die Aufteilung des Bevölkerungspfad auf die einzelnen Bundesländer wurde in einer Arbeitsgruppe der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) vorgenommen. Niederösterreich erhält von diesem Pfad 618 962 Einwohner oder 38,24%. Unser Bundesland profitiert somit überproportional von den Regionalfördergebieten, wenn bedacht wird, dass 19,15% (1 618 592 von 8 451 860 EinwohnerInnen*) der Bevölkerung Österreichs in Niederösterreich leben.

Der relativ hohe Bevölkerungspfad ist nicht zuletzt Initiativen aus Niederösterreich zu verdanken, sah doch ein Arbeitspapier der Europäischen Kommission vom Dezember 2011 nicht nur ein Verbot der Förderung von Großunternehmen vor, sondern insbesondere auch die Halbierung des Bevölkerungspfad. Niederösterreich verfügt somit zwischen 2014 und 2020 annähernd über den gleichen Bevölkerungspfad, wie in der Periode 2000 bis 2006 (siehe Tabelle 1).

Gebietsabgrenzung: strategische Überlegungen.

Der zur Verfügung stehende Bevölkerungspfad machte es möglich, die bestehende Kulisse 2007 bis 2013 nahezu ohne Veränderung fortzuführen. Darüber hinaus erfolgt die Ausweisung von neuen, zusätzlichen Gebieten im südlichen Niederösterreich

*) Stand 2013

Tabelle 1: Entwicklung des Bevölkerungspfad in Niederösterreich (Periodenvergleich)

Regionalfördergebiete 2000 bis 2006	638.617 Einwohner	
Regionalfördergebiete 2007 bis 2013	507.144 Einwohner	- 131.473 Einwohner - 20,6%
Regionalfördergebiete 2014 bis 2020	618.962 Einwohner	+ 111.818 Einwohner + 22,0%

Quelle: Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik



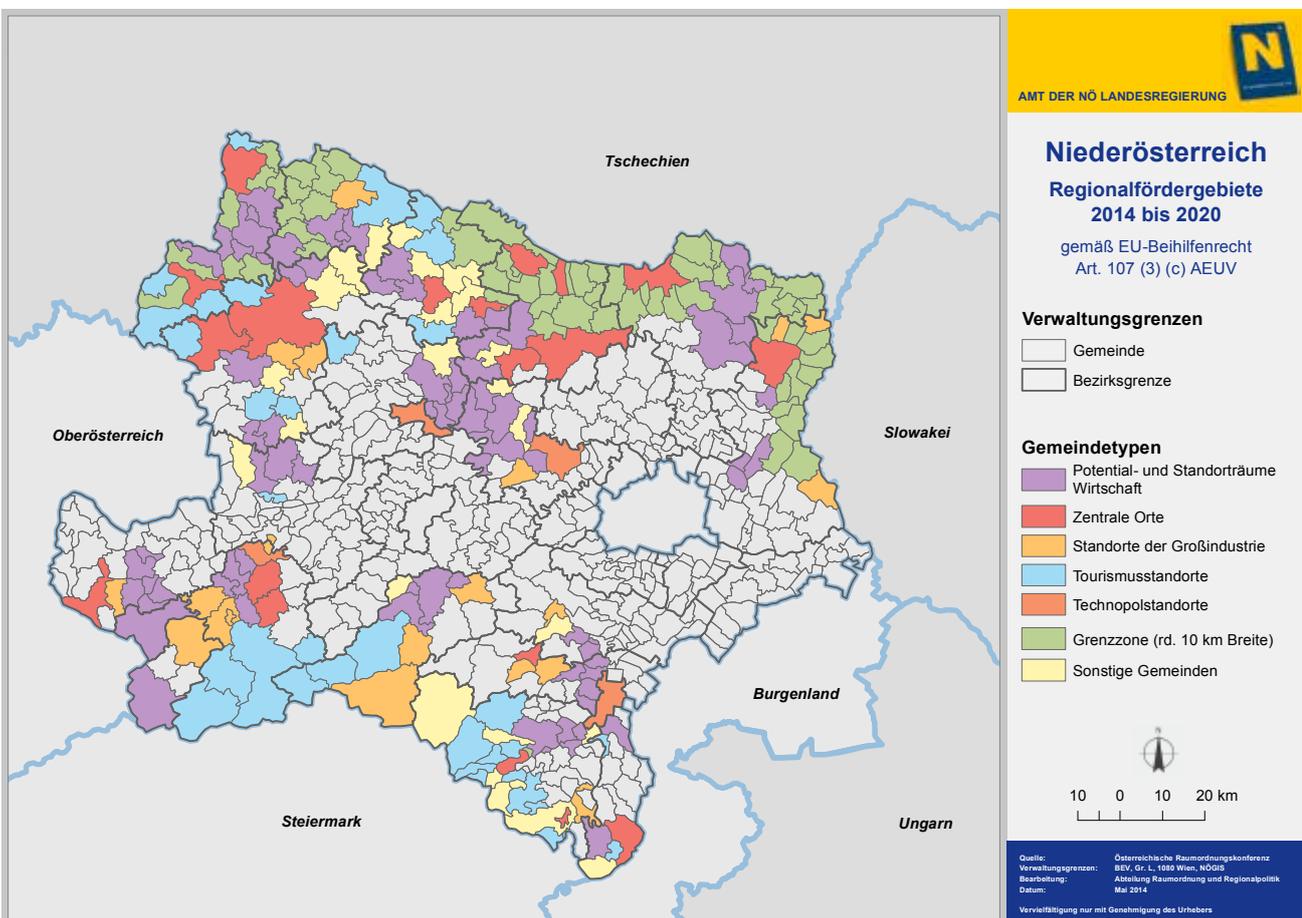
Foto: www.shutterstock.com

(Bucklige Welt, Bezirk Lilienfeld, Gebiete rund um Wieselburg und Oed-Öhling) sowie im nördlichen Niederösterreich (Südliches Waldviertel, Bezirk Tulln). Hinter der Regionalfördergebietskarte 2014 bis 2020 in Niederösterreich stehen folgende zwei strategische Überlegungen:

- Erstens wird das Prinzip der dezentralen Konzentration aus dem Landesentwicklungskonzept 2004 berücksichtigt. Dies bedeutet, dass eine Stärkung der Standorte außerhalb der Zentralräume, gleichzeitig aber auch eine Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten auf die am besten geeigneten Stand-

orte angestrebt wird. Mit diesem Prinzip soll auch die Strategie des Landes, die Entwicklungsschwachen Regionen (Grenzland, ländlich-periphere Gebiete, alte Industriegebiete) zu stärken, vorangetrieben werden.

- Darüber hinaus wird der strategische Ansatz der „smart specialisation“ der Europäischen Kommission aufgegriffen, indem gezielt jene Standorte in Niederösterreich in die Regionalfördergebietskulisse aufgenommen werden, an denen eine Bündelung von Wirtschaft – Wissenschaft/Forschung – Bildung stattfindet. Die Technopolstandorte Krems, Tulln, Wiener Neustadt und



Wieselburg-Land stellen für die Unternehmensentwicklung in Niederösterreich zentrale Bausteine dar, von denen wichtige (wirtschaftliche) Impulse ausgehen können.

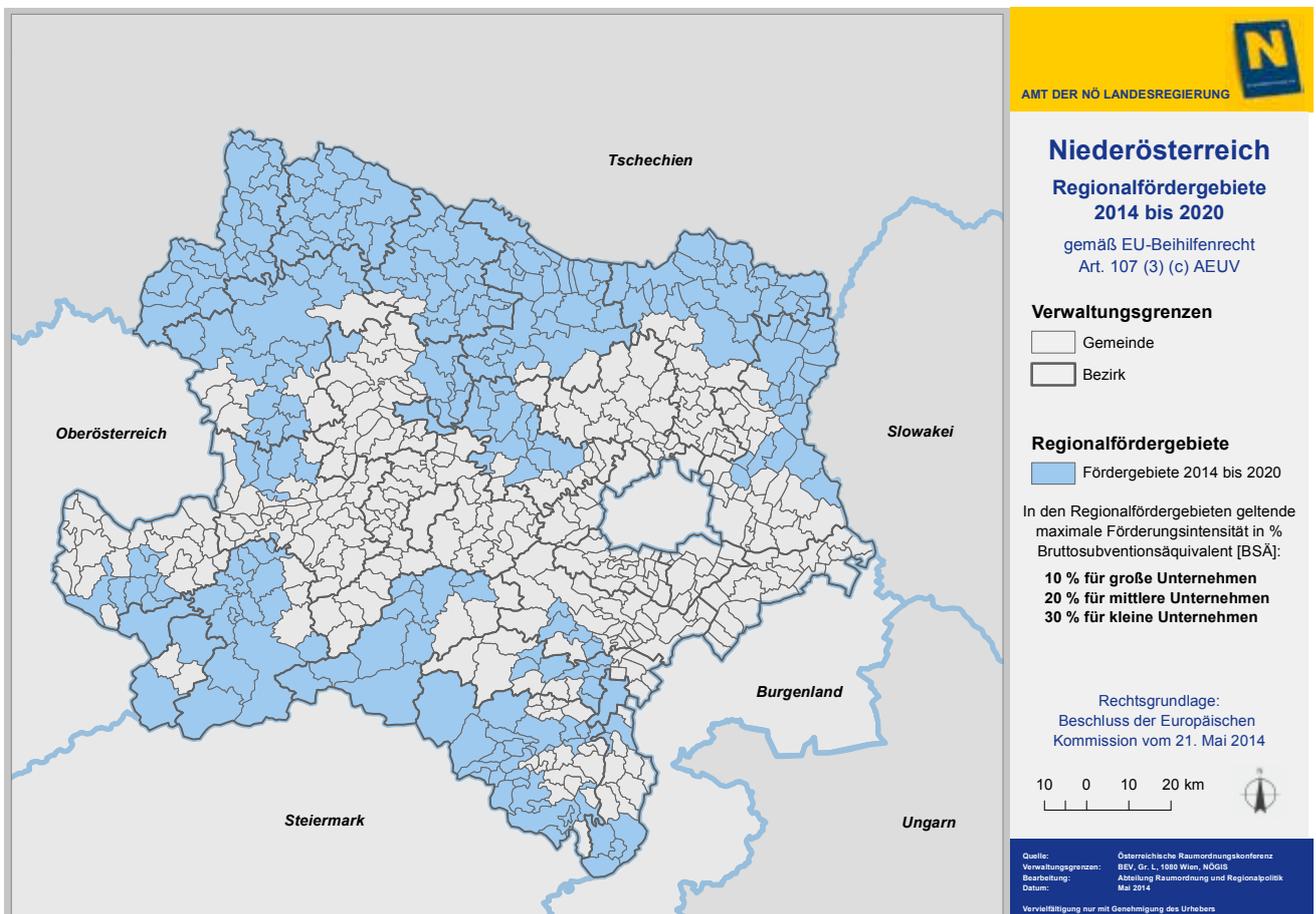
Aufgrund der in den Leitlinien der Europäischen Kommission vorgegebenen Kriterien ist die Ausweisung der NUTS-3-Regionen Wiener-Umland-Süd und St. Pölten nicht möglich. Eine flächendeckende Ausweisung der nach der Vorgabe der Europäischen Union förderfähigen NUTS-3-Regionen ist aufgrund des zur Verfügung stehenden Bevölkerungspfadonds in Niederösterreich nicht möglich und auch nicht sinnvoll.

Förderhöhe: Wer bekommt wie viel Geld? Die Förderintensität ist davon abhängig, ob es sich um ein Groß-, Mittel- oder Kleinunternehmen handelt, und ob der Betrieb im oder außerhalb des Regionalfördergebiets liegt. Bei Großunternehmen spielt darüber hinaus die Art der Investition für die Förderfähigkeit eine Rolle. In der Periode 2014 bis 2020 sind im Regionalfördergebiet theoretisch folgende Fördersätze möglich:

- 10 % für große Unternehmen
- 20 % für mittlere Unternehmen
- 30 % für kleine Unternehmen

In der Praxis wird jedoch der jeweilige Höchstfördersatz nur in Ausnahmefällen, das sind hochwertige regionale Leitprojekte (entsprechende Investitionsvolumina, Wertschöpfungs- oder Arbeitsplatzeffekte), angewandt. Im Regelfall bewegen sich beispielsweise die Förderungen für kleine Unternehmen bei 15 % der förderbaren Investitionskosten. Außerhalb des Regionalfördergebiets reduzieren sich die Fördersätze um jeweils 10 %, womit die Förderung von Großunternehmen dort nicht möglich ist. Diese Einschränkung war jedoch auch schon im Zeitraum 2007 bis 2013 vorhanden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen mit den Regionalfördergebieten 2014 bis 2020 ein probates Instrument geschaffen wurde, um die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik zugunsten der entwicklungschwachen Landesteile auch in Zukunft fortzusetzen.



Annemarie Trojer / Regionalmanagement Niederösterreich, Kleinregionsbetreuung Industrieviertel

Kleinregionentag 2014:

Von der kleinregionalen Idee zum großen Impuls.

Seit 20 Jahren arbeiten die Gemeinden des Pielachtals erfolgreich unter dem Generalthema „Nachhaltigkeit“ in einer Kleinregion zusammen. Die ersten kleinregionalen Ideen begannen mit der „Dirndl“ zu sprießen. Heute ist die Region stolz auf ihre vielen Aktivitäten und großen Impulse, die sie seit den Anfängen der Dirndl hervorgebracht hat. Davon konnten sich auch die etwa 100 TeilnehmerInnen des heurigen Kleinregionentags am 20. Oktober 2014 in Rabenstein an der Pielach überzeugen.

Kleinregionen sind der Schlüssel zum Erfolg. Darüber sind die Gemeinden, die sich zu Kleinregionen formieren, ebenso einig, wie Personen, die beruflich mit Regionalentwicklung zu tun haben. Potentiale und Bedeutung der Gemeindezusammenarbeit können daher nicht oft genug hervorgehoben werden. Oftmals sind es kleine Ideen, die zu großen Projekten von landesweiter Bedeutung führen. Am diesjährigen Kleinregionentag wurde aufgezeigt, welche großartigen Impulse Kleinregionen für ihre BürgerInnen und weit darüber hinaus leisten können.

„Wenn sie vollreif ist, ist sie durchaus genießbar und köstlich...“

Dieser Satz von Kleinregionsobmann Anton Gonaus (Bürgermeister von Kirchberg/Pielach) über die Dirndl-Frucht steht symbolisch dafür, was das Dirndltal – wie das Pielachtal auch genannt wird – zu bieten hat. Bereits am Vormittag wurden die ersten Impulse, die den Erfolg dieser „Kleinregion der ersten Stunde“ bis heute tragen, sichtbar. Es standen ein Rundgang durch die Naturgärten des Steischalerhofs sowie eine Betriebsbesichtigung der Möbeltischlerei Gansch mit der „Linie 8“, dem ersten kleinregionalen Projekt im Pielachtal, zur Auswahl. Danach folgte der Besuch der Ötscher-reichstation der Fam. Braunsteiner, wo im Beisein der amtierenden Dirndlkönigin unter dem Titel „Von der Dirndl zur Landesausstellung“ die „Geschichte der Kleinregion Pielachtal im Zeitraffer“ nachvollzogen wurde.



Foto: Regionalmanagement Niederösterreich

Alle Jahre wieder kommt ...
der Kleinregionentag und verbindet Information,
Spaß, Vernetzung, Action, Neues und Bewährtes
zu einem Top-Event in Niederösterreich.



Fotos: Regionalmanagement Niederösterreich

Krönender Abschluss der Exkursion war eine Fahrt mit der Himmelstreppe zurück zum Gemeinde- und Kulturzentrum Rabenstein, wo im Anschluss das Nachmittagsprogramm folgte.

Initialzündungen und Ausdauer – wie kleine Impulse große Wirkungen erzielen. Dass Kleinregionen wichtige Initialzündler für die niederösterreichische Landesentwicklung sind, betonte auch Landesrat Stephan Pernkopf in seinem Eröffnungsstatement am Nachmittag: „Die Umsetzung wichtiger Themen und Initiativen passiert auf Regions- und Gemeindeebene oft schon, während auf den oberen Ebenen erst die Ziele dafür definiert werden. Kooperation statt Konfrontation lautet die Devise in Niederösterreich und die Beispiele des heurigen Kleinregionentags sind der beste Beweis dafür.“

Fünf solche Beweise – je ein Projekt aus jeder Hauptregion – wurden anschließend vorgestellt:

- Der Heldenberg als kleinregionales Informationszentrum der Kleinregion **Landschaftspark Schmidatal**: Aus der Idee von 1999 wurde zunächst die Landesausstellung „Zeitreise Heldenberg“, und schließlich der „Berg der Superlative: die berühmtesten Pferde (Lippizaner), die größten Feldherrn (Radetzky-Gedenkstätte) und die schönsten Automobile (Oldtimer)“.

- „Jugend trifft Wirtschaft“ der Kleinregion **Waldviertler Stadt-Land**: Seit 2009 werden Jugendliche der 7. Schulstufe und regionale Wirtschaftsbetriebe durch regelmäßige Kontakte vernetzt. So lernen die Jugendlichen das Arbeitsplatzangebot in der Region besser kennen und können eine darauf abgestimmte Ausbildungs- bzw. Berufswahl treffen, was sie letztlich auch von der Abwanderung abhält.

- „Steter Tropfen höhlt den Stein ...“ - damit ein Thema in einer Region verankert wird, braucht es vor allem engagierte AkteureInnen und Durchhaltevermögen. Bereits seit über zehn Jahren ist die Region **Römerland Carnuntum** im Bereich „Jugend“ aktiv. Kontinuierlich wurde auf verschiedensten Ebenen mit Projekten wie „Pro Youth“, „Jugend und regionaler Arbeitsmarkt“ oder „Junges Römerland Carnuntum“ gearbeitet und das „Problemthema Jugend“ zur vielseitig genutzten Chance.

- Die Kleinregion **Ostarrichi Mostland** befasst sich seit längerem mit **umweltrelevanten Themen**. So werden seit einigen Jahren **Radservicetage** in den Gemeinden durchgeführt, und auch die Vervollständigung der **Radwege** soll die Bevölkerung noch mehr zum Radfahren animieren. Ergänzend wird mittels einheitlicher Geschwindigkeits- und Verkehrsmessgeräte die Entwicklung des Individualverkehrs verfolgt, um rechtzeitig **Umwelt- und Sicherheitsmaßnahmen** setzen zu können. Für die nahe Zukunft sind Themen wie die Etablierung als Fair Trade-Region angedacht.

- Beim **Pielachtal** denkt man automatisch an die Dirndl, die heute das Markenzeichen der Region ist. Mit wenigen Themen wurde die Identität im Tal gestärkt und die Bevölkerung zusammengeschweißt. So ist nicht nur die Dirndl ein verbindendes Element der Region, sondern auch die Mariazellerbahn. Zum Erfolg haben viele Ideen aus der Bevölkerung, Innovationsgeist und Kreativität geführt – aber auch strategisches Arbeiten unter dem gemeinsamen Dach der Nachhaltigkeit, wie etwa die Kleinregionsstrategie 2013 – 2015 beweist.

Kunst der Kooperation: Warum wir das Potential einer Zusammenarbeit selten ausschöpfen. Unter diesem Titel referierte Alfred Kogelbauer (osb international Consulting) über die Tatsache, dass man Kooperation lernen kann und lernen muss. Kooperation bedingt ein gegenseitiges Brauchen und ist dann erfolgreich, wenn sie für alle Beteiligten profitabel und nachhaltig ist. Allerdings schaffen es nur sehr wenige Menschen, vorhandenes Kooperationspotential im optimalen Maße auszuschöpfen.

Den Abschluss des Kleinregionentages 2014 bildete ein **Strategie-Wordrap** der fünf KleinregionsbetreuerInnen des Regionalmanagement NÖ, die in kurzen Sequenzen einerseits Erfolgsfaktoren zur Strategieumsetzung und andererseits beispielhafte Kleinregionsstrategien aus den fünf Hauptregionen präsentierten, ehe die BesucherInnen beim Schlussbuffet sich wieder der Symbolfrucht des Pielachtals – der Dirndl – und vielerlei Zubereitungsvarianten zuwendeten und den Tag gemütlich ausklingen ließen.

Marianne Radinger / Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik

Regionale Leitplanung Bezirk Mödling:

Raumordnungsstrategie für 20 Gemeinden.



Die „Regionale Leitplanung Mödling“ verfolgt das Ziel, in partnerschaftlicher Abstimmung von Gemeinden und Land ein Leitbild zur räumlichen Entwicklung und regionalen Kooperation zu erarbeiten. Erstmals wurde dieser neue Ansatz im Nordraum Wien (Kleinregionen 10 vor Wien, Region um Wolkersdorf, Raum Mistelbach) erprobt, nun wird er auch im Bezirk Mödling angewandt und weiterentwickelt.

Angesichts der Tatsache, dass viele Herausforderungen in Bereichen wie Wohnen, Mobilität, Naherholung oder Wirtschaft nur mehr abgestimmt bewältigt werden können, haben sich alle zwanzig Gemeinden des Bezirks sowie das Land Niederösterreich darauf geeinigt, eine gemeinsame Raumordnungsstrategie – die Regionale Leitplanung Bezirk Mödling – zu erarbeiten. Die Gemeinden werden im Prozess durch den Gemeindeverband für Abgabeneinhebung und Umweltschutz (GVA) Mödling vertreten. Die fachliche Begleitung des Projekts erfolgt durch das Büro stadtland, das Stadt-Umland-Management Wien/ Niederösterreich und das Regionalmanagement Niederösterreich.

Gemeinsame Entscheidung – gemeinsame Themen.

Der Bezirk Mödling im südlichen Wiener Umland stellt einen der dynamischsten Wirtschaftsräume Österreichs und attraktiven Wohnstandort dar, der sich durch seine



alle Fotos: Büro Stadtland

besondere Vielfalt auszeichnet. Die Menschen der 20 Gemeinden leben längst in regionalen Zusammenhängen – die Gemeindegrenzen werden von vielen der rund 115 000 BewohnerInnen täglich und selbstverständlich überschritten. Im Bereich der wachsenden Stadregion zeigen sich daher besonders vielfältige sowie komplexe wirtschaftliche und soziale Verflechtungen. Der Raum wird auch in den nächsten Jahren Zuwächse bei EinwohnerInnen und Betrieben erfahren. Folgen und Grenzen des Wachstums sind daher ein Thema der Leitplanung.

Die Leitplanung wurde bei einer gemeinsamen Auftaktveranstaltung im Juni 2014 offiziell gestartet. Dabei wurden das Begleitteam und die Zielsetzungen der „Leitplanung Bezirk Mödling“ vorgestellt. Die Bearbeitung umfasst drei Module: „Bestands- und Standortanalyse“, „Strategie und Leitbild“ sowie „Maßnahmen und Plandarstellung“.

Gemeinsame Analyse – gemeinsame Ergebnisse.

In der nun laufenden ersten Phase werden alle relevanten Informationen im Rahmen der Grundlagenforschung zusammengeführt.

Weiters fand im Oktober eine Regionsexpedition unter dem Titel „Grenzgänger“ statt, um in Gesprächen vor Ort wichtige Aufgaben und Problemstellungen zu identifizieren und Verständnis für unterschiedliche Entwicklungsinteressen der Gemeinden herzustellen. Dabei erkundeten die TeilnehmerInnen den Bezirk Mödling in drei Gruppen:

- Expeditionsgruppe Wienerwald – Die Grenzen der Landschaft
- Expeditionsgruppe Südachse – Die inneren Grenzen und städtischen Zwischenräume der Region
- Expeditionsgruppe Ebene – Siedlungsgrenzen und Freiraum

Im Anschluss trafen sich die Gruppen zum gemeinsamen Austausch hinsichtlich ihrer Eindrücke und Bilder zur Region.

Gemeinsame Arbeit – gemeinsame Perspektiven.

Die Ergebnisse der Erhebungsphase, die Analyse der Stärken-Schwächen-Chancen-Risiken der Region sowie die Ergebnisse der Expedition bildeten die Grundlage für eine zweitägige Perspektivenwerkstatt im November. Hier wurden erstmals die grundlegenden Ziele, Strategieentwürfe, Kooperationsfelder und Umsetzungsmöglichkeiten auf breiter Ebene mit VertreterInnen der Gemeinden, des Bezirks und des Landes diskutiert. Ergänzt wurde die Werkstätte durch die Teilnahme von OrtsplanerInnen und VertreterInnen aus der Bevölkerung.



Foto: Büro Stadthand

Im ersten Schritt soll ein gemeinsames Verständnis für zentrale Handlungsfelder und regionale Aufgabenstellungen hergestellt werden, um eine breit getragene Zukunftsperspektive für die Region erarbeiten zu können. Dafür werden die ersten wesentlichen Weichen für die Regionsentwicklung im Bezirk bei der Sitzung des Beschlussorgans im Dezember 2014 gestellt. In diesem ist jede Gemeinde und das Land Niederösterreich mit je einer Stimme vertreten.

Fact-Box zur Regionalen Leitplanung Mödling:

Akteure: 20 Gemeinden, Land Niederösterreich
Fläche: 277 km²
EinwohnerInnen 2014: 115 677 (1961: 68 000)

Statistische Grundlagen wo – wie – was?



Die NÖ Landesstatistik bereitet immer wieder wichtige Grundlagendaten

auf, um raumrelevante Fragestellungen beantworten zu können. Laufend sind neue Daten auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen verfügbar. Das soeben im 38. Jahrgang erschienene **Statistische Handbuch des Landes Niederösterreich** gibt einen Überblick über vorhandene Daten aus verschiedensten Bereichen. Diesmal neu enthalten sind etwa die Gemeindebinnenwanderungen – ein durchaus beachtenswerter Faktor in der Entwicklung einer Gemeinde – oder auch die jetzt jährlich verfügbaren Pendlerzahlen für die Bezirke.

Das Handbuch und vieles mehr, wie etwa die Zahlen aus der Registerzählung 2011, sind auf der Website des Landes NÖ zu finden. Umfassendes Zahlenmaterial für Niederösterreich und ganz Österreich gibt es bei Statistik Austria. Die statistische Datenbank „STATcube“ oder der „Blick auf die Gemeinde“ bieten zahlreiche Abfragemöglichkeiten und Datenzusammenstellungen.

Nützliche Links:

<http://www.noel.gv.at/Land-Zukunft/Zahlen-Fakten.html>
http://www.statistik-austria.at/web_de/services/datenbank_superstar/index.html
http://www.statistik-austria.at/web_de/services/ein_blick_auf_die_gemeinde/index.html

English Summary



Foto: www.shutterstock.com

Local Agenda 21/Gemeinde21: Local strategies for global responsibility. Ten years ago, Lower Austria sent a strong signal for sustainable provincial development when it committed to the implementation of Local Agenda 21, or rather the Lower Austrian version, *Gemeinde21*. To date 56 municipalities have chosen this scheme for sustainable development – a figure that can only be fully appreciated alongside an understanding of the all-encompassing effects of *Gemeinde21* on the development of the municipalities.

Ten years of Gemeinde21 – one clear action plan, one clear goal and very many convinced municipalities. After the Austrian declaration on Local Agenda 21 in 2003, Lower Austria also began its own implementation of the action plan. After an intensive process of participatory debate, *Gemeinde21* was introduced in 2004 as the Lower Austrian version of Local Agenda 21. To date 56 municipalities – comprising over 3,700 participating citizens – have partaken in the plan.

Gemeinde21 and spatial planning – a mission for the years to come. Spatial planning and civic participation are far from being opposing aims, despite popular belief to the contrary. Indeed, if spatial planning is to be considered as a strategy for community and regional development, there is no way of bypassing civic participation. Only broad approval, which itself brings about participation, will help projects to obtain sustainable results with a positive effect. To these ends, local spatial planning and *Gemeinde21* have been converged with the aim of achieving optimal sustainable effects.

The motto of an ÖREK Partnership: Diversity and Integration. The publication in 2011 of the Austrian Spatial Planning Concept (*Österreichisches Raumentwicklungskonzept – ÖREK*) coincided with the implementation of the ÖREK partnerships. The topic of one of these partnerships is integration policy – an important point of reference for economic, social and spatial strategies, as integration processes take place locally and are influenced by numerous factors.

Financial considerations of housing in spatial planning – ÖREK Partnership for affordable housing. In the course of the implementation of ÖREK 2011, an ÖREK partnership

on affordable housing was created with the aim of illuminating how spatial planning can help to reduce housing costs, and how the efficiency of existing tools can be improved.

Allocation of Regional Development Fund 2014 – 2020: Application for EU funding in Lower Austria. On 21 May 2014, the European Commission approved the allocation of the Regional Development Fund for Austria, and with this also for Lower Austria for the period 2014 to 2020. The regional development fund schemes define where and to what extent business investment funds are allocated in Lower Austria. The existing scheme for the period 2007-2013 can be adapted with very few changes, and it will continue to support structurally weak aspects of the province in the fields of business, employment and labour market policy.

Kleinregionen (Micro-regions) Day 2014: From a micro-regional idea to great impact. For 20 years, the municipalities in the Pielachtal valley have been cooperating successfully as a micro-region under the motto of 'sustainability'. The topics range from Dirndl (a wordplay that encompasses both the traditional women's garment and the cornel cherry that grows in the region) to the Mariazell Railway. The almost 100 participants in this year's Kleinregionen Tag (Micro-regions Day) on 20 October 2014 were able to gather first-hand information on the cooperation and gain inspiration for new projects. The day included a field trip through the Dirndltal valley, a presentation of the model project *Initialzündung mit Ausdauer* ('initial spark with a lasting effect'), a lecture on the art of cooperation, and a word-rap about successful strategy development.

Regional guiding plan for the Mödling district: Spatial planning strategies for 20 municipalities. The regional guideline plan for the district of Mödling is aimed at the development of a guideline for spatial planning and for regional cooperation on the basis of a partnership between the municipalities and the provincial government. This approach was put to the test for the first time in the area north of Vienna (micro-region *10 vor Wien*, the region around Wolkersdorf, district of Mistelbach) and is now being implemented and further developed in the district of Mödling.

Der eilige Leser

Lokale Agenda 21/Gemeinde21: Lokale Strategie für globale Verantwortung. Vor zehn Jahren hat Niederösterreich ein deutliches Signal für eine nachhaltige Landesentwicklung gesetzt und sich zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 bzw. des niederösterreichischen Weges „Gemeinde21“ entschlossen. 56 Gemeinden haben sich bisher für diesen Weg der nachhaltigen Gemeindeentwicklung entschieden – eine Zahl, die wohl erst dann als Erfolg wahrgenommen wird, wenn man sich bewusst macht, wie umfassend Gemeinde21 auf die Gemeindeentwicklung wirkt.

10 Jahre Gemeinde21 – ein klarer Weg, ein klares Ziel, viele überzeugte Gemeinden. 2003 wurde nach der „Gemeinsamen Erklärung zur Lokalen Agenda 21 in Österreich“ auch in Niederösterreich begonnen, die Lokale Agenda 21 umzusetzen. Aus einem intensiven Beteiligungsprozess ging 2004 „Gemeinde21“ als niederösterreichische Form der Lokalen Agenda 21 hervor. Diesen Weg sind bisher 56 Gemeinden mit mehr als 3 700 beteiligten BürgerInnen gegangen.

Gemeinde21 und Raumordnung: ein Auftrag für die nächsten Jahre. Raumordnung und BürgerInnenbeteiligung sind – entgegen der lange gepflegten Meinung – kein Widerspruch. Im Gegenteil! Wer Raumplanung als Strategie zur Gemeinde- und Regionsentwicklung versteht, kommt um Bürgerbeteiligung nicht herum. Denn nur die breite Akzeptanz, die Beteiligung mit sich bringt, wird auch Planungen zu nachhaltig positiv wirksamen Ergebnissen führen. Örtliche Raumordnung und Gemeinde21 sollten daher im Interesse der nachhaltigen Wirkung miteinander verknüpft werden.

Thema einer ÖREK-Partnerschaft: Vielfalt und Integration im Raum. Mit der Veröffentlichung des Österreichischen Raumentwicklungskonzepts (ÖREK) 2011 wurde auch die „Umsetzung“ im Rahmen sogenannter „ÖREK-Partnerschaften“ gestartet. Ein Themenbereich ist Integrationspolitik, die ein wichtiger Bezugspunkt für wirtschaftliche, gesellschaftliche und raumbezogene Strategien ist, denn Integrationsprozesse geschehen vor Ort und werden dort erheblich durch unterschiedliche Rahmenbedingungen beeinflusst.

Finanzielle Aspekte des Wohnens in der Raumordnung: ÖREK-Partnerschaft Leistbares Wohnen. Im Rahmen des Umsetzungsprozesses des ÖREK 2011 wurde auch eine ÖREK-Partnerschaft zum „Leistbaren Wohnen“ eingerichtet, deren Ziel es war, mögliche Beiträge der Raumordnung zur Senkung der Wohnkosten sowie Möglichkeiten zur Steigerung der Wirksamkeit der Instrumente aufzuzeigen.

Regionalfördergebiete 2014 bis 2020: angewandtes EU-Beihilfenrecht in Niederösterreich. Am 21. Mai 2014 hat die Europäische Kommission die Regionalfördergebietskulisse für Österreich und somit auch für Niederösterreich für die Jahre 2014 bis 2020 beschlossen. Die Regionalfördergebiete regeln, wo und in welchem Ausmaß betriebliche Investitionsförderungen in Niederösterreich getätigt werden können. Die bestehende Kulisse 2007 bis 2013 kann nahezu ohne Veränderung fortgeführt und die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik zugunsten der Entwicklungsschwachen Landesteile auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Kleinregionentag 2014: Von der kleinregionalen Idee zum großen Impuls. Seit 20 Jahren arbeiten die Gemeinden des Pielachtals erfolgreich unter dem Generalthema „Nachhaltigkeit“ in einer Kleinregion zusammen, die Themenpalette reicht dabei von der „Dirndl“ bis hin zur Mariazellerbahn. Davon konnten sich auch die etwa 100 TeilnehmerInnen des heurigen Kleinregionentags am 20. Oktober 2014 in Rabenstein an der Pielach überzeugen. Nach einer Exkursion durch das „Dirndltal“, boten Beispielprojekte zu „Initialzündungen mit Ausdauer“, ein Vortrag zur „Kunst der Kooperation“ sowie ein Word-Rap zur erfolgreichen Strategieentwicklung Inspiration zu neuen Projektideen und Initiativen.

Regionale Leitplanung Bezirk Mödling: Raumordnungsstrategie für 20 Gemeinden. Die „Regionale Leitplanung Mödling“ verfolgt das Ziel, in partnerschaftlicher Abstimmung von Gemeinden und Land, ein Leitbild zur räumlichen Entwicklung und regionalen Kooperation zu erarbeiten. Erstmals wurde dieser neue Ansatz im Nordraum Wien (Kleinregionen 10 vor Wien, Region um Wolkersdorf, Raum Mistelbach) erprobt, nun wird er auch im Bezirk Mödling angewandt und weiterentwickelt.



P.b.b.
Zulassungsnummer 07Z037287M
Amt der NÖ Landesregierung
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1

www.noel.gv.at